

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 13. 39. Jg.

26. März 1926

## ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

**Redaktion:**  
Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstraße 86-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag, Telefon Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. Druck und Expedition:  
Conrad Müller, Scheideitz-Leipzig, Auguststraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Non-parallelle Zeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition* erbeten. **Postverlagsort Scheideitz**

### Der Erfolg der Preissenkungsaktion.

Als die Regierung Dr. Luther ihre mit großem Tamtam in die Welt gesetzte Preissenkungsaktion durch Oktroierung des Wucherzölles krönte, da war es jedem vernünftig denkenden Menschen klar, daß Dr. Luther Feuer mit Wasser zu mischen beabsichtigte. Daß dieses Experiment ohne Erfolg bleiben mußte, war ja nicht schwer vorauszusagen. Die Gewerkschaften zogen deshalb den einzig richtigen Schluß aus der Wucherzollkampagne, auf eine entsprechende Erhöhung der Löhne zu drängen. Wenn sich die Warenpreise nicht in dem Maße erhöhten, wie es die mit Hilfe der Vergewaltigung in Funktion gesetzten Wucherzölle bedingten, hat Herr Dr. Luther nicht das geringste Verdienst darum. Denn die zu gleicher Zeit einsetzende internationale Rohstoffbaisse und die Wirtschaftskrise, die eine volle Auswirkung der Wucherzollgesetzgebung verhinderten, empfangen ihre Instruktionen nicht von Herrn Luther. Sind auch die Warenpreise infolge der internationalen Rohstoffbaisse und der Wirtschaftskrise bisher durch den Wucherzoll nicht in dem Maße gestiegen, wie es die „Schwarzseher“ vorher behaupteten, so ist doch auch von einem Erfolg der Preissenkungsaktion in aller Welt keine Rede. Herr Dr. Luther ist freilich anderer Meinung. In seinen vor seiner Abreise nach Genf gehaltenen Reden hat er auch zur Wirtschaftskrise Stellung genommen und allen Freunden des Lohnbaues liebliche Musik in die Ohren geblasen. Herr Dr. Luther hat in diesen Reden nämlich nichts mehr und nichts weniger behauptet, als: „Die Preissenkungsaktion hat tatsächlich Erfolg gehabt“. Wenn Dr. Luther sich weiter in seinen Reden darüber beschwert hat, „daß diese Preissenkungsaktion der Regierung anfangs darunter gelitten habe, daß vielfach im politischen Leben die Arbeit der Regierung nach dieser Richtung als nicht ernst bezeichnet worden sei, daß man dem Publikum gesagt habe, eine ernsthaftige Preissenkungsaktion komme gar nicht in Frage“, so soll er die berechtigten Gründe dafür bei sich selber, aber nicht bei anderen suchen. Denn Dr. Luther war der Einpeitscher der Schutzoll-Wucherzollvorlage!

Dr. Luther behauptet also: „Die Preissenkungsaktion hat tatsächlich Erfolg gehabt“. Leider spürt man den Erfolg in keiner Weise! Das hat sehr wahrscheinlich Herrn Dr. Luther auch abgehtan, sein Evangelium den deutschen Hausfrauen des arbeitenden Volkes zu predigen. Denn er wäre totschier dann der Gefahr verfallen, daß ihn auf Grund der Haushaltsbücher schwarz auf weiß nachgewiesen worden wäre, daß es mit dem tatsächlichen Erfolg der Preissenkungsaktion recht windig aussieht. Vielleicht wäre auch noch etwas anderes hinzugekommen. Man soll Beispiele dafür haben, wie kürzlich Freund Hähnenfuß versicherte, der aus den für wahr gehaltenen Behauptungen des Herrn Luther die Konsequenzen ziehen wollte.

Da die schlagenden Argumente der Hausfrauen von den Unternehmern nicht als Beweis gegen die Unrichtigkeit der Erfolgsbehauptung des Herrn Luther gewertet werden, wird auch von unsern Unternehmern in noch höherer Tonlage das Lied vom notwendigen Lohnabbau gesungen werden. Herr Dr. Luther hat doch festgestellt: „Die Preissenkungsaktion hat tatsächlich Erfolg gehabt“. Leider ist das ein Märchen! — Es war so schön gewesen. Lassen wir zum Beweis, daß Herr Dr. Luther Märchen erzählte, Herrn Dr. Felix Pinner sprechen. Herr Dr. Pinner sagt im „Berliner Tageblatt“ zum Erfolg der Preissenkungsaktion der Regierung Luther unter anderem folgendes:

Betrachten wir zunächst den amtlichen Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts, der freilich gleichfalls ein Schmerzenskind der Behörde ist, die ihn seit einer Reihe von Jahren aufstellt und publiziert! Dieser Index erfährt im wesentlichen nur Rohstoffe, rohe Halbfabrikate und Lebensmittel, was seine Brauchbarkeit, seine Spiegelungsfähigkeit so wie so schon erheblich verringert. Und diese Spiegelungsfähigkeit wird

noch weiter dadurch eingeschränkt, daß er gewisse Arten von Waren, so insbesondere die landwirtschaftlichen Produkte, in einem Maße berücksichtigt, das ihnen in der Zusammensetzung der gesamten Wirtschaftsbedürfnisse nicht zukommt. Diese seine Fehler sind nicht nur in der gesamten Wissenschaft nahezu unbestritten, sondern auch das Statistische Reichsamt vermag sich der Berechtigung der an seinem Großhandelsindex geübten Kritik seit geraumer Zeit nicht mehr zu verschließen. Es hat eine Reform an Haupt und Gliedern vorbereitet, und wird mit ihr demnächst an die Öffentlichkeit treten. Was zeigt uns nun dieser amtliche Großhandelsindex? Er stand Ende 1924 auf etwa 134 Proz. der Vorkriegspreise, hob sich im Laufe des Januar 1925 bis auf etwa 139 Proz., sank dann bis zum April desselben Jahres wieder auf etwa 132 Proz., um alsdann bis zum Februar 1926 in fast konstanter Linie bis auf 118 Proz. zurückzugehen. Seit dem Sommer 1925 hat also ein Rückgang um nicht weniger als 17 Proz. stattgefunden, eine immerhin ansehnliche Senkung, die auch durch die Periode der Schutzolleinführung nicht unterbrochen wurde und die für den Reichskanzler wohl das wirkungsvollste Material für den von ihm behaupteten Erfolg seiner Preissenkungsaktion abgibt. Nun ist die amtliche Großhandelsziffer mit den oben erwähnten Fehlern behaftet. In ihrer Konstruktion spielen die agrarischen Produkte eine zu große Rolle, und gerade eine erhebliche Zahl dieser agrarischen Produkte hat infolge der ungewöhnlich großen Welternte des Jahres 1925 und der relativ noch größeren deutschen Ernte desselben Jahres einen fast sensationellen Preissturz erfahren, der in Deutschland noch durch die allgemeine, besonders stark für die Landwirtschaft wirksam gewordene Kapital- und Kreditkrise verschärft wurde. Die Preissenkungsaktion der Regierung hat diesen Rückgang nicht veranlaßt. Ganz im Gegenteil! Die Bemühungen der Regierung waren darauf gerichtet, ihm mit Hilfe aller möglichen finanziellen und handelstechnischen Stützaktionen (z. B. der bekannten Roggenvalorisierungsaktion) Einhalt zu gebieten. Sieht man einmal von dieser Fehlerquelle des amtlichen Großhandelsindex ab, so erweist er sich aber gerade in dem besonderen Falle unseres Beweisgrundes mindestens als brauchbarer Faktor, wenn auch ganz und gar nicht als allein für sich brauchbares Instrument der Wahrheitsermittlung. Die Teuerung, die das konsumierende Volk unmittelbar und wirklich trifft, drückt sich ja nicht in den Rohstoff- und Halbfabrikatspreisen aus. Rohstoffe und Halbfabrikate haben ihre Bedeutung für Produktion und Handel. Der Konsum kauft Fertigfabrikate, denn nur diese sind zum Konsum vorbereitet und geeignet. Es ist also notwendig, den überwiegend die Rohstoffpreisentwicklung wiedergebenden amtlichen Großhandelsindex in Vergleich zu setzen mit denjenigen Indices, die auch die Preisbewegung von Fertigfabrikaten festzuhalten suchen. Gerade ein solcher Vergleich kann sehr aufschlußreich wirken. Ein gemischter Index, der neben den Roh- und Halbfabrikaten auch eine große Anzahl von Fertigfabrikaten umfaßt, ist der *Wochenindex* des „Berliner Tageblatts“. Seine Entwicklung ist aber eine ganz andere gewesen als die des amtlichen Großhandelsindex. Sie setzte im Januar 1925 mit 141,2 Proz. ein, stieg bis zum September 1925, also in dem Monat vor dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs, bis auf 144,6 Proz., um bis zum Dezember 1925 auf 140,2 Proz. und im Februar 1926 bis auf etwa 136 Proz. herabzugehen. Selbst, wenn man berücksichtigt, daß bis Anfang März ein weiterer Rückgang bis auf 134,8 Proz. eingetreten ist, muß man konstatieren, daß die Preissenkung dieses auch Fertigfabrikate umfassenden Index eine viel schwächere gewesen ist als die des amtlichen Roh- und Halbfabrikatsindex.

Zieht man noch den Lebenshaltungskostenindex des Statistischen Reichsamts, der bekanntlich kein vollständiger Kleinhandelsindex ist, sondern nur die Preise für eine Anzahl lebensnotwendiger Bedürfnisse des letzten Konsums, wie sie zum Haushalt einer einfachen Familie gehören, zusammenfaßt, vergleichsweise heran,

so ergibt sich, daß im Januar 1925 die Lebenskosten 134,4 Proz. betragen, im September 1925 144,9 und im Februar 1926 133,8 Proz. Wenn gleich zu berücksichtigen ist, daß dieser Index neben Warenpreisen auch die unabhängig von der Konjunktur gesteigerten Mietkosten der deutschen Mietzwangswirtschaft enthält, so zeigt sich doch hier eine Bewegung, deren Entwicklung derjenigen des Großhandelsindex des „Berliner Tageblatts“ weit näher liegt als der der amtlichen Großhandelsziffer. Aus der Zusammenstellung dieser verschiedenen Vergleiche ist folgender Schluß zu ziehen: Die Roh- und Halbfabrikatspreise, wie sie der amtliche Großhandelsindex überwiegend registriert, haben sich viel stärker gesenkt als die wirklichen Konsumpreise, denen sich der mit Rohstoffen und Fertigfabrikaten arbeitende Großhandelsindex des „Berliner Tageblatts“ annähert, und die der Lebenshaltungskostenindex des Statistischen Reichsamts, wenn auch nur für einen verhältnismäßig bescheidenen Konsum, aber immerhin für den besonders wichtigen Massenkonsum ermittelt. Mit anderen Worten: Die von der Konjunkturbewegung am Weltmarkt stark beeinflussten Roh- und Halbfabrikatspreise sind den natürlichen Senkungsmomenten auch in Deutschland sehr stark gefolgt. Für den Konsum konnten sich aber diese natürlichen Senkungen trotz der künstlichen Preissenkungsaktion der Regierung nur in weit geringerem Maße auswirken. Die Gegenwirkung der deutschen Schutzollpolitik mit ihrer Stärkung der inneren Preishaltung durch Kartelle usw. hat, trotzdem die Wirtschaftskrise in Deutschland besonders stark war und die natürlichen konjunkturellen Preissenkungen eigentlich noch besonders kräftig hätte unterstützen müssen, den Preisabbau durch ihre Bremswirkung aufgehalten. Sie hat nicht gestattet, daß sich die internationale Rohstoffsenkung im Preisniveau für den deutschen Innenkonsum voll ausprägte. Angesichts des allgemeinen Preisabbaus für Rohstoffe in der ganzen Welt, angesichts des Preissturzes für Getreide usw. konnte man natürlich niemals erwarten, daß die Detailpreise in Deutschland infolge der Zollpolitik steigen, so steigen würden, wie dies bei unveränderten internationalen Rohstoffpreisen als Wirkung der Zollpolitik sicherlich der Fall gewesen wäre. Alle Dinge sind ja relativ, und die preisstrebende Wirkung der deutschen Zölle äußerte sich angesichts der ganzen veränderten Situation nicht in einer absoluten Steigerung der deutschen Konsumpreise, sondern in ihrer nicht genügenden, das heißt der Rohstoffpreisentwicklung nicht entsprechenden Senkung.

Dieses Versagen der eigentlichen Preissenkungsaktion der Regierung, die ja etwas ganz anderes war als der natürliche Preisabbau, der von der Weltwirtschaft und von der Wirtschaftskrise ausging, tritt um so eklatanter in Erscheinung, als die Aktion der Regierung gerade darauf hingegangen war, die von ihr für zu hoch gehaltene Spanne zwischen den Rohstoffpreisen und den Endpreisen des Konsums zu verringern. Die Regierung war der Ansicht gewesen, daß die Zwischenhandelsgewinne, die Margen zwischen Erzeugungs- und Verteilungskosten in Industrie und Handel und den Endpreisen für den Konsum zu hoch gewesen seien. Diesen Zwischenhandelsgewinnen besonders wollte die Regierung zu Leibe gehen, und eben dadurch wollte sie die preissteigernde Wirkung der erhöhten Eingangszölle kompensieren. Gerade das ist ihr aber nicht gelungen. Wenn die inländischen Endpreise sich weniger stark gesenkt haben als die Roh- und Halbfabrikatspreise, so muß daraus gefolgert werden, daß die Margen in den Zwischenstadien der Produktion und des Handels nicht verringert, sondern im Gegenteil vergrößert worden sind. Bis zu einem gewissen Grade hat zu diesem Ergebnis auch die Tatsache beigetragen, daß die Löhne in dem Augenblick, in dem die Preissenkung auf den Rohstoffmärkten einsetzte, in ihrer Aufwärtsbewegung nicht haltgemacht haben, sondern überwiegend weiter erhöht worden sind. Diese Lohnerhöhungen im Spätsommer und Herbst des Jahres 1925 sind aber unter dem Eindruck der Zollpolitik und der damals von ihr erwarteten

Preissteigerung gefordert, sie sind von den Unternehmern gewissermaßen als Kompensation für die ihnen damals gewährten Zollerhöhungen bewilligt worden. Ohne diese Zollpolitik wäre es in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 kaum noch zu größeren Lohnerhöhungen gekommen.

Mit dem Erfolg der Preissenkungsaktion sieht es in Wahrheit also mehr wie windig aus. Was zu beweisen war. Und wenn die Rohstoffpreise und der Wirtschaftskrise erst ihren Wirkungsradius verloren haben werden, wird die Preissenkungsaktion ihren Erfolg in steigenden Warenpreisen finden. Das steht bombenfest! Deshalb kann man nur Narren zumuten, einen Lohnabbau hinzunehmen. Die Gehilfen mögen zwar manchmal etwas schwer von Begriff sein, aber Narren sind sie nicht!

## Proletarisierung und proletarische Organisation.

Das Proletariat bildet nicht die Mehrheit der europäischen Bevölkerung. Die Zahl der erwerbstätigen Bevölkerung Europas beträgt 209,9 Millionen, von denen nur 91,8 Millionen auf das Proletariat entfallen. Es gibt in Europa Großmächte, wie Frankreich und Italien, wo das Proletariat weniger als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung ausmacht. Mit der Industrialisierung Europas ging auch die Proletarisierung der Bevölkerung Hand in Hand. Aber das Aufsaugen der kleineren und mittleren Betriebe durch die großen wurde durch den Krieg verlangsamt. Im Jahre 1917 betrug die Zahl der durchschnittlich in einem Betriebe beschäftigten Personen in Deutschland 24,4 im Jahre 1919 nur 22, im Jahre 1922 schon 24,2. Ein verhältnismäßig geringer Grad der europäischen Proletarisierung und ein verlangsamt Tempo derselben in der Kriegs- und Nachkriegszeit, diese sind die wichtigsten Grundzüge des interessanten statistischen Bildes, das Wladimir Woytinsky im arbeitsstatistischen Teile seines geistreichen Werkes „Die Welt in Zahlen“ entworfen hat.

Auf Woytinskys Ergebnisse — die Zahlen, die er angibt, beruhen teilweise auf Schätzungen — könnte man erwidern, daß in den wichtigsten Industrieländern Europas die Mehrheit der Bevölkerung eine proletarische ist. Von Großbritannien erwerbstätiger Bevölkerung macht das proletarische Element nach Woytinsky 78 Prozent, in Belgien 72 Prozent, in Deutschland 58 Prozent, in der Tschechoslowakei 57 Prozent aus. In dieser Richtung entwickeln sich auch die Länder, die sich heute noch auf einer niedrigeren Stufe der Industrialisierung befinden. Denn obwohl im Prozesse der Industrialisierung in England, in Deutschland und in manchen anderen Ländern West- und Mitteleuropas ein Stillstand wahrzunehmen ist, greift die Industrialisierung in den agrarischen Ländern Europas in immer stärkerem Maße um sich. Sowohl in Südosteuropa, auf der Balkanhalbinsel, wie auch in Frankreich und Italien können wir einen Fortschritt in der Industrialisierung feststellen. England und Deutschland befinden sich in einer Periode des industriellen Stillstandes, viele überseeischen Länder dagegen im Zeitalter der industriellen Revolution.

Diese Tatsachen brauchen aber diejenigen, welche sich die Größe und die Schnelligkeit der Proletarisierung anders vorgestellt hatten, nicht zu entmutigen. Man kann die Wichtigkeit der zahlenmäßigen Stärke des Proletariats keineswegs leugnen. Aber der Sozialismus ist doch kein statisches Problem. Die Größe des Proletariats hat in verschiedenen Ländern eine verschiedene Bedeutung. In der Tschechoslowakei ist z. B. nach Woytinsky der Proletarisierungsgrad der Erwerbstätigen 56, in Ungarn 55 Proz. Trotzdem besteht ein sehr großer Unterschied zwischen dem sozialen Entwicklungsgrad der Tschechoslowakei und Ungarns. Diese Verschiedenheit wird in erster Reihe durch die verschiedene Zusammensetzung des ungarischen und des tschechoslowakischen Proletariats verursacht. Während in Ungarn nur 26,7 Proz. des Proletariats zur Industriearbeiterschaft gehört, umfaßt die industrielle Arbeiterschaft 49,2 Proz. des tschechoslowakischen Proletariats. Das industrielle Proletariat besitzt meistens mehr soziale und politische Kraft als das landwirtschaftliche. Nach einer äußerlichen statistischen Parallele wäre zwischen dem sozialen Entwicklungsgrade Frankreichs und Rumäniens keine besonders große Differenz, da Frankreichs Proletarisierungsgrad 48, Rumäniens 40 bis 47 Proz. beträgt. Die Zusammensetzung des rumänischen Proletariats ist aber eine wesentlich andere, als die des französischen. Selbst in solchen Ländern, wo das industrielle Element innerhalb des Proletariats eine ähnliche Größe aufweist, kann das Bild des sozialen Reifegrades ein grundverschiedenes sein. In Dänemark z. B. bestehen nur 29,3 Proz. des Proletariats aus industriellen Arbeitern, in Griechenland 30 Proz., in Finnland nur 18,7 Proz., in Ungarn 28,7 Proz., es besteht aber kein Zweifel, daß die Schlagkraft des Proletariats Dänemarks und Finnlands höher bewertet werden muß, als die Griechen-

lands und Ungarns, da die Kultur des dänischen und finnischen Arbeiters eine andere Stufe erreicht hat als die des griechischen und des ungarischen Proletariats.

Aber selbst in kulturell ziemlich verwandten Staaten kann der Grad der Proletarisierung ein ähnlicher sein und trotzdem eine ganz andere Bedeutung haben. Den Proletarisierungsgrad Englands schätzt Woytinsky auf 78 Proz., den der Vereinigten Staaten auf 70, den Australiens auf 71 Proz. Wie verschiedenartig wirkt sich aber auf politischem und sozialem Gebiete das englische, amerikanische und das australische Proletariat aus! Die sozialpsychologische Struktur des Proletariats ist das Ergebnis mannigfaltiger wirtschaftlicher und ideologischer Wirkungen. Und von der sozialpsychologischen Struktur hängt in erster Linie die Richtung und der Grad des proletarischen Klassenbewußtseins, der proletarischen Organisation ab. Von dem Grad und der Richtung der Organisation hängt wiederum die politische und die soziale Kraft- und Machtentfaltung der Klasse ab. Vor dem Kriege befand sich die westeuropäische Bevölkerung in einem viel stärkeren Proletarisierungsprozesse als nach dem Kriege. Europas industrielle Vorherrschaft stand damals noch auf festen Füßen. Trotzdem war die Wachstumsgeschwindigkeit der proletarischen Organisationen eine viel geringere als nach dem Kriege. Die Mitgliederzahl der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erhöhte sich in den Jahren 1918 bis 1920 mehr als doppelt so rasch als in den Jahren 1906 bis 1913, obwohl das Wachstum in den sieben letzten Vorkriegsjahren schon ein sehr sprunghaftes war. Die soziale Aufrüttelung aber, die durch den Krieg und die Revolution bedingt war, schrieb der Organisation ein noch rascheres Tempo vor als der politische Stillstand der Vorkriegszeit.

Wenn die Weltwirtschaftskrise in genügendem Maße zur Aufrüttelung des Proletariats führen wird, dann kann das in den letzten Jahren verlangsamte Tempo des europäischen Proletarisierungsprozesses durch ein beschleunigtes Tempo der Organisation wettgemacht werden. Denn auf dem Gebiete der Organisation des europäischen Proletariats ist noch sehr viel zu tun. Wenn wir die ziemlich rückständige proletarische Bewegung Osteuropas gänzlich außer Acht lassen, dann kommen wir zu dem traurigen Ergebnisse, daß von 100 Proletariaten West- und Mitteleuropas in der Landwirtschaft nur 1,7, im Handel und Verkehr 29,6 in der Industrie 30 innerhalb der Amsterdamer Internationale organisiert sind. Und dabei ist die Amsterdamer Internationale die weitaus größte Organisation des west- und mitteleuropäischen Proletariats. Ein sehr beträchtlicher Teil des Proletariats, der außerhalb der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale steht, ist unorganisiert. Es gibt aber auch in stark industrialisierten Ländern große proletarische Gruppen, die in Harmonie-Verbänden organisiert sind. Mehr als ein Viertel des belgischen und ein ansehnlicher Teil des deutschen Proletariats ist Mitglied der katholischen Gewerkschaften. Auch innerhalb der Arbeiterbewegung harren noch gewaltige Aufgaben derer, die den Körper des Proletariats mit proletarischem Geiste erfüllen wollen.

Der Fortschritt und der Sieg des Sozialismus hängt aber nicht nur von der zahlenmäßigen Stärke und von dem Geist der proletarischen Organisationen ab, sondern auch von dem Schwung, mit dem sie andere, mit dem Proletariat verwandte Volksmassen mit sich zu reißen vermögen. Von der führenden Rolle des Proletariats wird seine politische Zukunft bestimmt. Die Proletarisierung des Mittelstandes bedeutet in erster Reihe nicht, daß gewisse Schichten des Mittelstandes in das Proletariat gesunken sind, sondern, daß ihre Lebenshaltung eine proletarische wurde. Aus der sogenannten Proletarisierung des Mittelstandes kann die Reaktion ebenso Kräfte schöpfen wie das Proletariat. Ebenso kann die politisch so wichtige Klasse der Kleinbauern eine Quelle der sozialen Reaktion wie des proletarischen Sozialismus sein. Die Wichtigkeit der Gewinnung der angrenzenden Schichten des proletarischen Mittelstandes und der kleinbäuerlichen Elemente ist ganz gewiß eine logische Folge der Woytinskyschen Untersuchungen, welche die zahlenmäßige Begrenztheit des Proletariats aufzeigen.

## Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge gefordert.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben am 15. März mit folgendem Schreiben an den Reichsarbeitsminister eine Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge gefordert:

„Die Spitzenverbände der Gewerkschaften halten die sofortige Beratung, Verabschiedung und Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung für dringend geboten.

Da mit einer raschen Erledigung aber nicht gerechnet werden kann, zumal die Begründung zum Gesetzentwurf noch nicht vorliegt, muß eine Zwischenlösung gefunden werden. Das ist um so mehr notwendig, als die jetzige Regelung der Höchstsätze ausdrücklich als vorübergehend bezeichnet, die Kurzarbeiterunterstützung befristet und das ganze Unterstützungssystem so kompliziert wurde, daß eine bis zum Inkrafttreten des Gesetzes gültige Regelung mit gleichzeitiger Vereinfachung des gesamten Verfahrens durchgeführt werden muß.

Obwohl wir überzeugt sind, daß die Einwände gegen die jetzigen Höchstsätze auf der Verallgemeinerung von Einzelfällen beruhen, sind wir doch gern bereit, zu unserem Teil an der Beseitigung etwa vorhandener Übelstände mitzuwirken.

Eine wirksame Abhilfe und zugleich eine gerechte Bemessung der Unterstützungssätze erblicken wir einzig und allein in der Abschaffung der Einteilung nach Wirtschaftsgebieten und Ortsklassen und der Einführung von nach Lohnklassen gestaffelten Unterstützungssätzen.

Gleichzeitig müßten die Bestimmungen über Kriegsfolge und Bedürftigkeit aus der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, weil mit der Beitragspflicht unvereinbar, ausgemerzt werden.

Da eine erneute Regelung der Unterstützungssätze ohnehin zum 1. Mai erfolgen muß, und dieser Termin infolge der stärkeren Beschäftigung in der Landwirtschaft für eine Änderung des Berechnungssystems besonders günstig ist, hätte die Einführung der Staffelunterstützung am 1. Mai zu erfolgen.

Eine Besprechung dieser Anträge mit den obengenannten Organisationen müßte vor der in Aussicht genommenen Sitzung des Ausschusses für Erwerbslosenfürsorge der Reichsarbeitsverwaltung erfolgen. Wir ersuchen daher den Herrn Reichsarbeitsminister, recht bald einen Termin dafür anzusetzen“.

## Die Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenfürsorge der deutschen Invalidenversicherung.

II.

Die Ansprüche auf die Leistungen der Invalidenversicherung gehen verloren, wenn während zweier Jahre nach dem auf der Quittungskarte bezeichneten Ausstellungstage weniger als 20 Wochenbeiträge, gleichgültig ob Pflicht- oder Weiterversicherung, entrichtet worden sind. Bei freiwilliger Versicherung tritt ebenfalls Erlöschen der Anwartschaft ein, wenn in der genannten Zeit nicht mindestens 40 Beiträge entrichtet wurden.

Nicht erloschen gilt die Anwartschaft dann, wenn die zwischen dem erstmaligen Eintritt in die Versicherung und dem Versicherungsfall liegende Zeit zu mindestens drei Viertel der ordnungsmäßig verwendete Beitragsmarken belegt ist. Dabei stehen den Beitragsmarken solche volle Kalenderwochen gleich, die durch entrichtete Beiträge zur Angestelltenversicherung gedeckt sind. Das Erlöschen der Anwartschaft sollte von jedem Versicherten durch ordnungsmäßige Markenklebung zu vermeiden gesucht werden, denn ist sie bei Eintritt der Invalidität verloren, so besteht keine Möglichkeit mehr, sie wieder aufleben zu lassen. Den Versicherten ist deshalb zu empfehlen, bei Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses, Weiterversicherung oder freiwilliger Versicherung jährlich mindestens 40 Beiträge zu leisten. Wird diese Zahl Beitragsmarken zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft auch nicht erfordert, so sind damit doch sehr wesentliche Vorteile verbunden.

Eine verlorene Anwartschaft lebt auf, d. h. die durch Unterbrechung der Markenklebung verfallenen Beiträge werden wieder gültig, wenn der Versicherte in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintritt oder das Versicherungsverhältnis durch freiwillige Beiträge erneuert und fortlaufend 200 Wochenbeiträge entrichtet. Hat er diese Zahl erreicht, so tritt er wieder in seine alten Rechte ein, sofern er nicht inzwischen invalide wird. Sollte dieser Fall eintreten, dann sind neben den alten auch die neugelebten Marken verloren.

Hat der Versicherte bei Wiederaufnahme der versicherungspflichtigen Beschäftigung oder bei Erneuerung der Versicherung durch freiwillige Beitragsleistung das 60. Lebensjahr vollendet, so lebt die Anwartschaft nur auf, wenn er vor ihrem Erlöschen mindestens 1000 Beitragsmarken verwendet hat.

Bei freiwillig Versicherten, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, lebt die Anwartschaft nur auf, wenn vor ihrem Erlöschen mindestens 500 Beiträge verwendet und von der Neuaufnahme der Versicherung an 500 Beitragsmarken geklebt worden sind.

Die Erneuerung eines erloschenen Versicherungsverhältnisses ist also nicht leicht, älteren oder in ihrer Gesundheit beeinträchtigten Personen oft überhaupt nicht möglich, so daß nicht ernstlich genug gemahnt werden kann, einem Erlöschen der Anwartschaft durch regelmäßige

Beitragszahlung vorzubeugen. Besonders gilt dies für Frauen, die bei ihrer Verheiratung aus dem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis ausscheiden und ihre Ansprüche an die Invalidenversicherung durch freiwillige Beitragszahlung aufrecht erhalten wollen. Das können sie dadurch erreichen, wenn sie jährlich mindestens 10 Beitragsmarken der 2. Lohnklasse kleben.

Nun zu den Voraussetzungen für die Rentenleistungen der Invalidenversicherung. Für die Gewährung der Invalidenrente an Versicherte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, werden, wenn die Anwartschaft, d. h. die Klebung von mindestens 200 Wochenmarken, nachgewiesen ist, keine weiteren Anforderungen gestellt. Der Versicherte erhält die Rente auch dann, wenn er noch erwerbsfähig ist. Setzt er sein Arbeitsverhältnis fort, so ist von ihm die Beitragszahlung fortzusetzen, wodurch sich bei später eintretender Invalidität seine Rente entsprechend erhöht. Hier liegen die gleichen Verhältnisse wie bei der Angestelltenversicherung vor, nur daß dort das sogenannte Ruhelglied infolge der höheren Beiträge etwas höher ist.

Anders bei der Invalidenrente, die nur bei dauernder Invalidität gewährt wird und erfordert, daß der Versicherte dauernd um mehr als zwei Drittel in seiner Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt ist. Diese Erwerbsunfähigkeit ist nicht wie bei der Angestelltenversicherung auf den Beruf beschränkt; ein Mangel der Versicherung, der nicht als berechtigt angesehen werden kann. Kann z. B. der versicherte Arbeiter infolge Nachlassens seiner Sehkraft seinen Beruf nicht mehr ausüben, so gilt er deshalb noch nicht als invalide, sondern es wird von ihm verlangt, daß er sich in einem anderen Berufe nach Arbeit umsieht, gleichgültig ob sich ihm dazu Gelegenheit bietet. Hieraus entstehen mancherlei Härten, die für die bei der Angestelltenversicherung versicherten Angestellten nicht vorhanden sind.

Ähnlich liegen die Verhältnisse für die Witwenrente. Während bei der Angestelltenversicherung die Witwe eines versicherten Angestellten ohne weiteres eine Rente erhält, wird der Witwe eines versicherten Arbeiters diese nur gewährt, wenn sie dauernd invalide ist, was ebenfalls als eine unbillige Härte und Zurücksetzung angesehen werden muß, die sich aus der höheren Beitragszahlung der Angestelltenversicherung nicht rechtfertigt, da dort den höheren Beiträgen auch höhere Rentenleistungen gegenüberstehen.

Die Höhe der Rentenleistungen der Invalidenversicherung richtet sich nach der Höhe und Zahl der geklebten Wochenmarken. Ihre Grundlage bildet die Invalidenrente. Diese setzt sich in ihrem Jahresbetrag zusammen aus einem Reichszuschuß, einem Grundbetrag und den Steigerungssätzen. Es betragen:

- a) der jährliche Reichszuschuß 72 Mk. (bis 1. April 1925: 48 Mk.),
  - b) der jährliche Grundbetrag 168 Mk. (bis 1. August 1925: 120 Mk.),
  - c) der jährliche Steigerungsbetrag 20 Proz. aus den ab 1. August 1925 entrichteten Beiträgen,
  - d) der jährliche Steigerungsbetrag 10 Proz. aus den ab 1. Januar 1924 bis 31. Juli 1925 entrichteten Beiträgen,
  - e) der jährliche Steigerungsbetrag für jede bis 30. September 1921 verwendete Beitragsmarke in Lohnklasse
- |       |       |       |        |
|-------|-------|-------|--------|
| 2 Pf. | 4 Pf. | 7 Pf. | 10 Pf. |
|-------|-------|-------|--------|

Für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1925 werden keine Steigerungssätze berechnet.

Zur Veranschaulichung, wie die Berechnung der Invalidenrente vor sich geht, sei hierfür als Beispiel ein Versicherter angeführt, der vor dem 30. September 1921 100 Marken der 3. Lohnklasse, 400 Marken der 4. Lohnklasse, 1000 Marken der 5. Lohnklasse, vom 1. Januar 1924 bis 31. Juli 1925 70 Marken der 3. Lohnklasse und vom 1. August 1925 20 Marken der 4. Lohnklasse verwendete. Die Rente würde hiernach betragen:

- a) Reichszuschuß 72,— Mk.
  - b) Grundbetrag 168,— Mk.
  - c) Steigerungsbetrag
- |                          |           |
|--------------------------|-----------|
| 100 Beiträge × 4 Pf. =   | 4,— Mk.   |
| 400 Beiträge × 7 Pf. =   | 28,— Mk.  |
| 1000 Beiträge × 10 Pf. = | 100,— Mk. |
| 70 Beiträge à 60 Pf.,    |           |
| davon 10 Proz. =         | 4,20 Mk.  |
| 20 Beiträge à 100 Pf.,   |           |
| davon 20 Proz. =         | 4,— Mk.   |
- 140,20 Mk.

Jährliche Invalidenrente 380,20 Mk.  
Hat der Versicherte unterhaltspflichtige Kinder, so erhöht sich die Rente für jedes Kind um jährlich 90 Mk., so daß sich im vorstehenden Falle bei 2 Kindern eine Gesamtjahresrente von 560,20 Mk. ergibt. Zu beachten ist jedoch, daß der Kinderzuschuß für die vor dem 1. August 1925 festgesetzten Renten nur 36 Mk. jährlich beträgt.

Die Witwenrente setzt sich zusammen aus einem Reichszuschuß, der durch Reichstagsbeschluß vom 12. März 1925 von 48 auf 72 Mark

erhöht wurde sowie aus 6 Zehntel des Grundbetrags und des Steigerungssatzes der zu berechnenden Invalidenrente. Auch hierfür ein Beispiel, wofür die vorstehende Berechnung als Grundlage dient:

- a) Reichszuschuß 72,— Mk.
  - b) 6 Zehntel des Grundbetrags von 168 Mk. 100,80 Mk.
  - c) 6 Zehntel des Steigerungssatzes von 140,20 Mk. 84,12 Mk.
- Jährliche Witwenrente 256,92 Mk.

In gleicher Weise berechnet sich die Witwenrente. Hat eine Witwe selbst Beiträge zur Invalidenversicherung entrichtet, so erhält sie bei Eintritt dauernder Erwerbsunfähigkeit die Invalidenrente, daneben aber noch die Hälfte der Witwenrente als Zusatzrente ausbezahlt.

Die Waisenrente beträgt für jede Waise 36 Mk. (bis 1. April 1925 24 Mark) Reichszuschuß und 5 Zehntel des Grundbetrags und des Steigerungssatzes der zu berechnenden Invalidenrente. Sie stellt sich also nach dem erstangeführten Beispiel wie folgt:

- a) Reichszuschuß 36,— Mk.
  - b) 5 Zehntel des Grundbetrags von 168 Mk. 84,— Mk.
  - c) 5 Zehntel des Steigerungssatzes von 140,20 Mk. 70,10 Mk.
- Jährliche Waisenrente 190,10 Mk.

Die Gesamtrente einer Witwe mit 2 versorgungsberechtigten Kindern würde hiernach rund 637,— Mk. betragen. Verheiratet sich die Witwe wieder, so wird sie mit dem Jahresbetrag ihrer Witwenrente abgefunden. Bei Verheiratung einer Waise kommt die Waisenrente in Wegfall.

Anträge auf Gewährung von Rente sind bei der zuständigen Ortsbehörde oder dem Versicherungsamt zu stellen. Gegen die Ablehnung eines Rentenanspruchs kann bei dem Oberversicherungsamt Berufung eingelegt werden, gegen dessen Entscheidung die Revision zum Reichsversicherungsamt bzw. Landesversicherungsamt zulässig ist. Das Revisionsmittel kann jedoch nur in beschränktem Umfang angewendet und darauf gestützt werden, daß das angefochtene Urteil auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts oder auf einem Verstoß wider den klaren Inhalt der Akten beruht oder das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet. Bei Ansprüchen, die sich auf die Höhe, Beginn und Ende der Rente, Kapitalabfindung und Kosten des Verfahrens beziehen, ist die Revision ausgeschlossen.

Mattutat.

### Frühjahrmesse.

Auf den Vorbereitungen zur diesjährigen Frühjahrmesse lag der Druck der wirtschaftlichen Depression und es fehlte nicht an Stimmen, die einfach eine Pleitemesse prophezeien. Umsomehr mußte es überraschen, daß die Zahl der Aussteller, mit Ausnahme in der Schuhwarenmesse, nur wenig Lücken aufwies, woraus zu schließen ist, daß die Hoffnungen auf eine baldige Änderung der Wirtschaftslage in den Kreisen der Händler und Fabrikanten weit verbreitet ist. Anders sah es mit der Besucherzahl aus, die als wirkliche oder angebliche Käufer der Messe ihr Gesicht nach außen gaben; sie war auffallend gering. Trotzdem konnte bei einem Gang durch die Meßhallen konstatiert werden, daß die Zahl der ersten Käufer eine bessere war, als die Zahl der Besucher vermuten ließ, ein Eindruck, der auch am Ende der Messe bestätigt wurde. Verschwunden waren in der Hauptsache die Meßbummler, die die Straßen Leipzigs sonst belebten und um allerlei Vergnügungen willen kommen. Aus den Berichten des Meßbambes war schon vor der Messe zu entnehmen, daß das Ausland als Verkäufer und als Käufer diesmal stärker vertreten sein wird, als es in den letzten Jahren der Fall war. Es ist und war also die Absicht vorhanden, die internationalen Handelsbeziehungen wieder stärker zu knüpfen, und es wäre immerhin eine Aufgabe des Meßbambes, hier fördernd einzugreifen. Ob das allerdings durch Veranstaltungen von Stahlhelmrummel, wie auf dieser Messe, deren Förderung dem Meßbambt sonst sehr am Herzen liegt, die Folge sein wird, das bezweifeln nicht nur wir, sondern auch alle, die nicht den Stahlhelmfimmel haben. Es kann für das Meßbambt und seine Aufgaben nur günstig wirken, wenn in Zukunft derartiger Unfug unterbleibt; der Aufmarsch von Kriegervereinen hat nun einmal mit einer internationalen Handelsmesse nichts zu tun. Und auf das „International“ legt doch das Meßbambt einen besonders großen Wert. Ab und zu dämmert es ja auch darüber, so z. B. in Nr. 16 der Meßbambzeitung, wo es in einem Artikel über den „überflüssigen Visumzwang als Hindernis der Völkerverständigung“ heißt:

„Gewiß bestand einmal die Notwendigkeit, die Länder gegen das Eindringen gewisser Elemente, gegen den Abfluß lebenswichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel abzuriegeln. Dieses einzige Argument wurde durch die

künstlich auf allen Seifen gezüchtete nationalistische Mentalität der Feindschaft aufrecht erhalten, trotzdem es längst nicht mehr stichhaltig ist.“

Lassen wir es damit genug sein und hoffen wir auf Änderung.

Neu war in diesem Jahr die im eigenen Heim zusammengefaßte Ausstellung der Sowjetunion, die in der Hauptsache Rohprodukte der Landwirtschaft, ferner Pelzwaren, Holz und Fische zum Verkauf anbot. Die Ausstellung für Erzeugnisse des künstlerischen Handwerks hat diesmal sehr gelitten, weil sie vom übrigen erdrückt wurde. Ein gesonderter Raum dürfte dafür nur vorteilhaft sein.

Die Messe der Kraft- und Verarbeitungsmaschinen war sehr stark besichtigt, und ein Gang durch sie zeigt von Jahr zu Jahr, wie immer stärker die Handarbeit von der Maschine verdrängt wird; wobei die Maschinen mit einer Präzision arbeiten, wie es mit der Hand nicht möglich ist. Für den Fachmann fällt es auf, daß auf der ganzen Messe keine Druckmaschinen des Steindruckes zu finden sind; auch die Offsetmaschine fehlt vollständig. Das soll auf einem Übereinkommen der Maschinenfabriken beruhen, die sich die Unkosten der Beschickung sparen wollen. Daß ein solches Übereinkommen auch umgangen werden kann, das beweist die Vogtländische Maschinenfabrik, die in der Meßbambtsdruckerei, zwar nicht direkt, aber indirekt doch ihre Maschinen den Interessenten zeigt, womit noch der Vorteil verbunden ist, daß darauf gedruckt wird.

Auch die Bagramesse wies keine besonders wesentliche Lücken auf. Die Beschickung war quantitativ ausreichend und in der Qualität gut; doch läßt gerade hier noch vieles zu wünschen übrig. Es gibt viel Firmen, die vom Alten, ja Uraltin nicht loskommen und deren Verkaufsstände den gleichen Eindruck wie vor 25 und 30 Jahren hinterlassen. Von einem hörten wir: „Ich werde meine Neuerscheinungen doch nicht meiner Konkurrenz zeigen. Es genügt mir Verbindungen anzuknüpfen, um dann meinen Kunden die neuen Sachen zu unterbreiten“. Him, ob das ein Grund ist. Deutlicher wurde schon eine andere Stimme, die meinte, es werden Meinungen laut, die Messe überhaupt nicht mehr zu besichtigen, weil dadurch nur die Kunden zu klug würden. Freilich der Kunde sieht die reiche Auswahl und hat es leicht, mit geringem Zeitverlust sich in hunderten von Fällen nach den Preisen zu erkundigen und danach seine Bestellungen einzurichten. Uns scheint, als ob auch hier ein falscher Gedanke zugrunde liegt. Zweckmäßiger wäre es vielmehr, Preisschleudern auf anderem Weg an den Kragen zu gehen, doch fehlt entweder hierzu die Kraft oder der Wille. Vielmehr hat mancher, der dazu berufen ist, selbst Dreck genug am Stecken. Die Postkartenkonvention überraschte am dritten Tag der Messe mit einer Herabsetzung der Preise, womit das Geschäft belebt werden sollte. Mit wenigen Ausnahmen war zu hören, das Geschäft war besser als erwartet wurde, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Erwartungen nicht hoch gespannt waren, also die angenehme Enttäuschung leicht eintreten konnte. Wichtiger als die unmittelbaren Aufträge sind sicher die neu angeknüpften Geschäftsverbindungen, die sich erst später auswirken werden. Besonders freudig wurde von manchem Aussteller das Interesse des Auslands an unsern Produkten begrüßt, woran allerhand Hoffnungen geknüpft werden. Diese Erscheinung ist erfreulich, doch dürfte es zweckmäßiger sein, zunächst immer noch das Hauptaugenmerk auf den Inlandsmarkt zu lenken. Dieser kommt aber bei den anarchischen Zuständen der kapitalistischen Wirtschaft außerordentlich schwer in Fluß, und die bornierte Lohnpolitik der deutschen Kapitalisten drückt die Kaufkraft aller Kreise — ausgenommen den kleinen Kreis der Kapitalisten selbst — immer tiefer herab.

Manche Hoffnung wird auf die Bereinigung der Wirtschaft durch die Krise gesetzt. Wir teilen diese Hoffnungen nicht, denn die deutsche Wirtschaft ist schwer belastet durch eine Übersetzung im Handel, und die Krise, wie jede andere auch, wird sicher keine Verminderung der Händlerschar bringen, sondern viel eher eine Vermehrung, denn jeder, der aus einem Zusammenbruch eines Industrieunternehmens noch einen Teil rettet, wird versuchen im Handel damit sein Fortkommen zu finden. Aber immerhin ist es interessant zu beobachten, wie da einer auf den wirtschaftlichen Tod des anderen lauert. Der Andere soll es sein, nur er selbst nicht, der Andere ist überflüssig, er ist lebenswichtig. Das ist genau so wie im Krieg, der Heldentod fürs Vaterland ist herrlich, wenn ihn andere erleiden, aber selbst, nein, er kostet ja das heilige Leben. Jetzt will auch keiner den Heldentod für die Wirtschaft sterben.

Von Rationalisierung und Normung wird gegenwärtig viel gesprochen und geschrieben, auf der Messe ist davon noch wenig zu merken. Hier herrscht im Gegenteil eine verschwenderische Vielgestaltigkeit auf Gebieten, wo eine Normierung sehr leicht ist. Für unser Gewerbe-

kann sie wohl in den seltensten Fällen in Anwendung gebracht werden, höchstens die Formate gestalten sie. Dagegen dürfte die Rationalisierung auf das Weitgehendste möglich sein, und wenn auch auf diesem Gebiet mancher Fortschritt zu verzeichnen ist, so sind doch noch schwere Mängel vorhanden. Darüber wurde früher schon manches gesagt, und wird noch manches zu sagen sein.

**Ortsberichte.**

**Stuttgart.** Am 17. Februar fand die Generalversammlung der Zahlstelle Stuttgart statt. Der erste Vorsitzende, Kollege Seiz, gab den Geschäftsbericht, Kollege Kieß den Kassenbericht, die Kollegen Herter, Gühring, Arnold, Sauer, Romnig und Rieker die Berichte als Tariffunktionäre. Aus allen Berichten war zu ersehen, daß ein arbeitsreiches Geschäftsjahr hinter uns liegt und die Funktionäre ihre ganze Kraft zur Verfügung gestellt haben, die Interessen der Kollegen mit Erfolg zu vertreten. Leider waren die Versammlungen nicht immer so besucht, wie es im eigenen Interesse der Kollegen notwendig wäre, trotzdem die Verwaltung nichts unversucht gelassen hat, in allen Versammlungen sowohl in wirtschaftlicher wie in geistiger und technischer Beziehung Aufklärung zu schaffen. Besonders zu erwähnen ist die große graphische Ausstellung, welche im Dezember vorigen Jahres im Landesgewerbemuseum in Stuttgart sich eines großen Besuches der gesamten graphischen Arbeiterschaft erfreuen konnte. Der technische Vortrag des Kollegen Herbst wird allen Stuttgarter Kollegen in Erinnerung bleiben und ein Ansporn sein, die Augen offen zu halten.

Die Aussprache hat ergeben, daß mit wenigen Ausnahmen die Kollegen mit der Tätigkeit der Verwaltung zufrieden waren. Ein Antrag, welcher der alten Verwaltung das Vertrauen ausspricht, wurde bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Die Verwaltung ist auch im neuen Geschäftsjahre bestrebt, ihre ganze Kraft dem Verband zur Verfügung zu stellen.

**Hildesheim.** Die letzte Monatsversammlung, die im Gewerkschaftshause stattfand, erfreute sich eines regen Besuches. Nachdem Bericht von der Sitzung des Gewerkschaftskartells erstattet war, stand auf der Tagesordnung: Erhebung eines Extrabeitrages von 50 Pf. für die ausgesteuerten erwerbslosen Kollegen. Die Notwendigkeit eines solchen Beitrages wurde von allen Anwesenden anerkannt und einstimmig angenommen, obwohl die meisten Kollegen schon selbst erhebliche Opfer infolge der Kurzarbeit bringen mußten. Eine lebhaft debattierte Entscheidung um eine Geschäftsangelegenheit, in deren Verlauf der Kollege Kamp seinen Posten als zweiter Vorsitzender zur Verfügung stellte. An seine Stelle wurde Kollege Fischer einstimmig gewählt. Einem Kollegen, welcher durch Krankheitsfall in der Familie in Not geraten ist, wurde ein Betrag aus der Lokalkasse bewilligt. Nachdem noch auf die Betriebsratswahlen hingewiesen war, schloß der Kollege Franke die Versammlung mit der Aufforderung zur Einzeichnung in die Listen gegen die Fürstenabfindung.

Die Arbeitslage der Formstecher am hiesigen Orte ist gerade keine günstige zu nennen. Die Wirtschaftskrise, die auf allen Gewerbe-

zweigen lastet, ist auch hier nicht so spurlos vorübergegangen und hat unter der Kollegenschaft ihre Opfer gefordert. Bei der Firma Lampe sind seit Dezember sieben Mann entlassen, und damit nicht noch mehr Kollegen davon betroffen werden, läßt die Firma schon einige Wochen verkürzt arbeiten. Bei der Firma Schreier sind zwei Kollegen zur Entlassung gekommen und die Firma Schreier hat zwei Kollegen gekündigt. Die äußeren Anzeichen sprechen dafür, daß man recht pessimistisch in die Zukunft blicken muß. Es wäre einmal angebracht, wenn auch die übrigen Zahlstellen ein anschauliches Bild über die Verhältnisse im Formstechergewerbe geben würden.

**Rundschau.**

**50 Jahre Steindrucker.**

Sein goldenes Berufsjubiläum feiern zu können, ist dem Steindruckerkollegen **Carl Schultze**, Frankfurt a. M. vergönnt. Am 1. April 1876 beendete Kollege Schultze in Berlin seine Lehrzeit und ist seit dieser Zeit als Steindrucker tätig. Selbstverständlich hat er in dieser langen Zeit der Berufstätigkeit manchen Sturm erlebt, zumal Kollege Schultze schon im Jahre 1895 den Weg zu seiner Berufsorganisation fand. 31 Jahre gehört er demnach dem Verbandsbereich an. Ein Beispiel bewährter Treue zum Beruf und zur Berufsorganisation. Dem Jubilar herzliche Glückwünsche!

**Generalversammlung des Allgemeinen Schweizer-Bundes.**

Seine ordentliche Generalversammlung hält der Allgemeine Schweizer-Bund am 22. April und folgende Tage in Leipzig ab. Auf der Tagesordnung stehen Berichte, Anträge und Wahlen.

**Ferienreise an die Wasserkante.**

Wie uns das Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig, das in Nr. 50 der „Gr. Pr.“ 1925, zu einer Ferienreise an die Wasserkante aufforderte, mitteilt, ist die Teilnehmerzahl geschlossen. Weitere Anmeldungen können demnach nicht mehr angenommen werden. Wir bitten das zu beachten.

**Weltproduktion an Kunstseide.**

Die Kunstseiden-Industrie hat in den verschiedenen Ländern, insbesondere nach dem Kriege, eine gewaltige Entwicklung genommen. In der Generalversammlung der italienischen Gesellschaft Snia Viscosa gab der Präsident Goialino eine Übersicht über die Welt-Kunstseidenproduktion im Jahre 1925 wie folgt:

	in kg	in v. H.
Vereinigte Staaten	25 000 000	30,13
Italien	13 500 000	16,26
Deutschland	12 000 000	14,45
England	11 000 000	13,25
Frankreich	6 500 000	7,85
Belgien	4 500 000	5,42
Holland	3 000 000	3,62
Schweiz	2 500 000	3,02
Anderer Staaten insgesamt	5 000 000	6,02
Welt-Produktion	85 000 000	

**Vom Büchertisch.**

**Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik.** Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes. Preis 1,— Mk. Organisationspreis 75 Pf.

Das Wirtschaftsprogramm der deutschen Gewerkschaften, das als Denkschrift seitens der Spitzverbände gegen die Denkschrift

der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände von sich reden macht, ist auch diese Broschüre der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Diese Denkschrift verfolgt den Zweck, allen für die deutsche Wirtschaft und deutsche Politik verantwortlichen Stellen Wege zu weisen, auf denen die Gesundung der deutschen Wirtschaft beschleunigt und gefördert werden kann. Sie verdient deshalb auch das Interesse der breitesten Öffentlichkeit.

**„Fürstenabfindung?“** Von Kurt Heinig. Ein Lesebuch zum Volkstumscheid. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes. Preis 70 Pf. Organisationspreis 50 Pf.

Diese Schrift bringt wohl das beste und einleuchtendste Material, was gegenüber den ammaßenden Forderungen der deutschen Fürstenhäuser an das deutsche Volk zusammengestellt worden ist. Sie müßte allen denen in die Hand gedrückt werden, die auch heute noch nicht erkannt haben welche Werte dem deutschen Volkvermögen verloren gehen, wenn den abgedankten Monarchen und deren Familien auch nur ein Bruchteil von ihren Ansprüchen bewilligt würde, die sich zum größten Teil auf in Zehnteln des unbemittelten unternehmend geachteten Objekts beziehen. Die Broschüre ist ein ausgezeichnetes Werbemittel.

**Wilhelm Liebknecht.** Ein Bild der deutschen Arbeiterbewegung. Von Valeriu Marcu mit Titelbild W. Liebknechts. E. Laubsche Verlagshandlung G. m. b. H., Berlin W 50. Preis 1,— Mk.

Die seltene Einheit von Gedanke und Wille, Entschluß und Tat, die Wilhelm Liebknecht wie alle großen Führer der deutschen Arbeiterbewegung des neunzehnten Jahrhunderts auszeichnet, erklärt nicht nur die ungeheure Volksmächtigkeit seiner Person, sondern rechtfertigt es auch, zu seinem 100. Geburtstag sein Bild der lebenden, wirkenden Generation des proletarischen Befreiungskampfes im knappen Umriß auf dem Hintergrunde seiner Zeit zu entwerfen. Ohne billiger Lobhudelei oder trockenem historischen Krimskrams zu verfallen, unterzieht man sich dieser Aufgabe mit gutem Gelingen. Was wesentlich und vorbildlich in Liebknechts Wirken war, die ungeliebte Hingabe an das sozialistische Ideal, die rücksichtslose Pressearbeit der Person an die aktuelle Situation, das prachtvolle propagandistische Feuer des „Alten“, findet in Marcus neuer Schrift lebendige Darstellung. Sie wird gewiß dazu beitragen, die Erinnerung an das „Heldenzeitalter“ der deutschen Sozialdemokratie wach zu halten. Den Sozialisten unserer Tage ruft sie in das Gedächtnis zurück, daß bis zum Weltkriege Sozialdemokrat sein heißt, auf alle politischen und sozialen Selbstverständlichkeiten zu verzichten, über die heute kein Mensch mehr redet.

**Der Menschheit täglich Brot.** Von Dr. E. Topf. Zweite Buchbeilage der Monatszeitschrift „Urania“. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Preis broschiert 1,50 Mk., gebunden 2,— Mk.

Ausgehend von allhergebrachten Bräuchen, die ein Ausdruck der Wertschätzung des wichtigsten Nahrungsmittels durch unsere Vorfahren sind, behandeln die einzelnen Kapitel die Geschichte des Ackerbaues („Von der Grasspitz zur „Wismenspappe“), der Malmendustrie („Von Steinmörser zu Turbinen“), der Bäckerei („Vom Feuerloch zur Brotfabrik“), des Brothandels („Vom Sammetbeutel zum Silo“), der Wirtschaftskrisen des Kapitalismus („Sonnenflecke?“ — der: die Frage, ob das Schicksal des Kapitalismus in den Sternen geschrieben steht) und gibt im letzten Abschnitt einen Zukunftsaußblick vom Standpunkte des sozialistischen Wirtschaftsetheoretikers. Die Darstellungsweise ist in besonders glücklicher Weise eine volkstümliche, allgemein fesslende, was ja schon nach den angeführten Kapitelüberschriften zu vermuten ist.

**Urania.** Monatshefte für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre. Verlag Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Preis für Ausgabe A vierteljährlich 1,60 Mk. (mit brosch. Buchbeilage), für Ausgabe B 2,25 Mk. (mit geb. Buchbeilage).

**Die Bücherwarte.** Zeitschrift für sozialistische Buchkritik. Mit Beilage *Arbeiterbildung*. Herausgeber Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 63. Preis vierteljährlich 1,50 Mk. Einzelhefte 75 Pf.

**Lachen links.** Republikanisches Witzblatt. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 63, Lindenstraße 3. Erscheint jede Woche. Preis pro Nummer 20 Pf.

# Das Totenschiff

Die Originalausgabe des Romans, der bisher noch nicht veröffentlicht wurde, erscheint in der Buchergilde Gutenberg

Wer ihn lesen will, laume nicht länger und melde seine Mitgliedschaft beim örtlichen Vertrauensmann oder direkt!

Das Eintrittsgeld beträgt 75 Pf., der monatliche Beitrag eine Mark. Jährlich erscheinen viergulausgefallene Bücher

**BÜCHERGILDE GUTENBERG, BERLIN SW 61**  
DREIBUNDSTRASSE NR. 5, II

## Zinkdruckplatten Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität  
Karl Moss G. m. b. H., Berlin SO 36, Fernspr. Mor. 12280.



### Für Stein- und Offsetdruck ist Heinzelmanns Umdruckfarbe (Fett) u. Auswaschtinktur in unübertroffener Qualität für jed. Betrieb unentbehrlich. Maschinen- und Handschleif-Steine

per kg Mk. 4.— in allen Körnungen lieferbar.  
Man verlange Prospekt vom alleinigen Hersteller:  
**E. Schleichhaufs Nachf. Inhaber: Albert Issler**  
Eßlingen a. N., Katharinenstr. 5.



Bitte die Verwaltungsstellen um die Adresse des Steindruckers  
**Rudolf Schumann**  
aus Meißen, zuletzt in Weißenturm bei Neuwied.  
Ernst Günther, Meißen (Elbe),  
Zscheiherstraße 56.

### Proletarierfrauen!

Kaufen Sie sich zur Aufrüstung die  
Strohkäse der Genossin **Vittorio**  
**Vorbeugen**  
nicht  
abtreiben!

Sie finden darin mehr, als in  
bilden, gelehrten Büchern.  
Die Schrift ist ein andrer  
**Katze für Cheleute**  
8. Aufl. Preis 50 Pf. (Nach aus-  
wärts geg. Einfr. von 70 Pf.)

**Buchhandlung Selbststimme**  
Wagaburg, Str. Mühlstraße Nr. 3